

Newsletter Integration und Migration

In dieser Ausgabe:

AKTUELLES AUS THÜRINGEN	1
Schutzquote für Thüringer Asylbewerber deutlich gesunken	1
Denk Bunt-Fortbildungen	1
NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND	2
Zahl der Ausländer erstmals über 10 Millionen	2
Die Migrationsgesetze im Überblick	2
Familiennachzug: Kontingent im ersten Halbjahr knapp ausgeschöpft	2
Studie: Hass im Netz trifft Migranten, Flüchtlinge und Muslime	3
Religionsmonitor: Hälfte der Deutschen nimmt Islam als Bedrohung wahr	4
NesT-Neustart im Team - staatliches Aufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge	4
FÖRDERMITTEL	4
NEUIGKEITEN DER EU	5
GLOBALE NACHRICHTEN	6
UNHCR: Weltweit erstmals mehr als 70 Millionen auf der Flucht	6
Buchempfehlungen - Downloads - Termine	7
Impressum	7

AKTUELLES AUS THÜRINGEN

Schutzquote für Thüringer Asylbewerber deutlich gesunken

Syrien blieb auch im vergangenen Jahr das Hauptherkunftsland von Asylbewerbern in Thüringen. Von den insgesamt 4852 Asylanträgen, die 2018 von im Freistaat lebenden Asylbewerbern gestellt wurden, stammten 1192 von Syrern. 445 kamen von Irakern und 385 von Afghanen. Das teilt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) auf Anfrage mit.

Die Gesamtzahl der Asyl-anträge lag zudem zwar über der von 2014 (4079), aber wiederum deutlich unter der in den Folgejahren, als während der Flüchtlingskrise teils bis zu 16.044 Anträge im Jahr (2016) von in Thüringen lebenden Asylbewerbern gestellt wurden.

Deutlich gesunken ist im Vergleich die Schutzquote: Wurden im Jahr 2017 noch 45,5 Prozent der Antragsteller als asylberechtigt oder Flüchtling anerkannt oder wurde subsidiärer Schutz gewährt und ein Abschiebungsverbot festgestellt, waren es im

vergangenen Jahr nur noch 34,9 Prozent. 1194 Asylanträge wurden abgelehnt, weitere 2117 Verfahren erledigten sich dadurch, dass der Asylantrag zurückgezogen wurde oder sich herausstellte, dass gemäß der Dublin-Verordnung ein anderer EU-Mitgliedsstaat zuständig ist.

In den ersten vier Monaten dieses Jahres ist die Schutzquote sogar noch leicht auf 34,3 Prozent gesunken, teilt das Bamf mit. Bis Ende April wurden knapp 1500 Asylanträge gestellt, die meisten wiederum von Syrern (305) und Irakern (164), auf den Plätzen 3 und 4 rangieren indes Serbien (144 Anträge), das im Vorjahr nicht mehr zu den 10 Haupt-Herkunftsländern zählte, und Nigeria (125). Die Dauer der Asylverfahren beträgt dem Bamf zufolge bundesweit im Schnitt drei Monate, in Thüringen 3,6 Monate. Betroffen werden die Entscheidungen von 44 Bamf-Mitarbeitern in Suhl.

Quelle: Thüringer Allgemeine vom 15.06.19

Denk Bunt-Fortbildungen

Die Landesregierung bietet (ehrenamtlichen) Mitarbeiter(inne)n eintägige Fortbildungen aus dem Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit an. Durch Kommunikationsübungen und interaktive Methoden erleben Sie in den Seminaren verschiedene Sichtweisen und erhalten Anregungen für Ihre Arbeit. Erfahrene Trainer(innen) stellen Ihnen interessante Handlungsoptionen vor.

Sie können aus über zehn Seminaren der Themenbereiche „Umgang mit Rechtspopulismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“, „Stärkung der Demokratie und der menschenrechtsorientierten Alltagskultur“, „Förderung von Vielfalt und interkulturelles Lernen“ sowie „Akzeptanz vielfältiger sexueller Orientierungen“ wählen.

Die kompakten Fortbildungen (sechs Zeitstunden zzgl. Pausen) sind für 12 bis max. 25 Personen konzipiert. Die Seminare sind kostenfrei und finden vor Ort statt. Teilen Sie uns Ihren Wunschtermin und Ihre inhaltlichen Bedarfe mit. Die Teilnehmenden erhalten am Seminarende eine Teilnahmebescheinigung vom TMBJS.

Inhaltliche und organisatorische Beratung erhalten Sie auch unter 0361 42 29 01-19 bzw. fortbildung@denkbunt-thueringen.de, die Abrufangebote können zudem flexibel von Ihnen gebucht werden auf <http://denkbunt-thueringen.de/fortbildung/angebot/ehren-und-hauptamtliche-in-vereinen/>
Quelle: Jugendberufshilfe Thüringen e.V.



Thüringer Landesprogramm
für Demokratie,
Toleranz und Weltoffenheit

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Zahl der Ausländer erstmals über 10 Millionen

Die Bevölkerung Deutschlands ist im Jahr 2018 um 227.000 Personen gewachsen. Zum Jahresende 2018 lebten damit 83 Millionen Menschen in Deutschland. 10,1 Millionen von ihnen waren ausländische Staatsbürger.

Der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung erhöhte sich dem Bundesamt für Statistik zufolge 2018 von 11,7 Prozent auf 12,2 Prozent. Am 31. Dezember 2018 lebten rund 72,9 Millionen deutsche (-0,3 Prozent) und 10,1 Millionen ausländische Staatsbürger (+4,2 Prozent) in Deutschland. Damit überschreitet die Zahl der Ausländer die 10-Millionen-Marke.

Leicht gestiegen ist damit ist im vergangenen Jahr auch die Zahl der Einwohner in Deutschland. Ende 2018 lebten in der Bundesrepublik 83,0 Millionen Menschen, 227.000 (0,3 Prozent) mehr als ein Jahr zuvor. Damit habe die Bevölkerungszahl erstmals die Marke von 83 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern überschritten.

Die Statistiker verzeichneten einerseits einen Wanderungsüberschuss, andererseits ein Geburtendefizit: 2018 zogen den Angaben zufolge 386.000 Menschen mehr nach Deutschland als aus Deutschland weg. Gleichzeitig überstieg die Zahl der Sterbefälle die Zahl der Geburten um 167.000. Insgesamt fiel das Bevölkerungswachstum geringer aus als in den beiden Vorjahren: 2017 stieg die Zahl der Einwohner um 271.000, 2016 um 346.000.

Quelle: MiGAZIN Newsletter, 15.07.2019

Die Migrationsgesetze im Überblick

Das Asyl- und Migrationspaket der Koalition hat am Freitag den Bundesrat passiert. Damit kann das große Vorhaben Fachkräfteeinwanderungsgesetz inkraft treten. Neben der Öffnung gibt es aber auch eine Reihe von Verschärfungen für Asylbewerber, die vor allem im sogenannten Geordnete-Rückkehr-Gesetz festgehalten wurden. MiGAZIN gibt ein Überblick über die Neuerungen:

Asyl und Abschiebung:

- Ausreisepflichtige Ausländer, die nach Meinung der Behörden selbst verschulden, dass sie keine Papiere haben, erhalten eine „Duldung für Personen mit ungeklärter Identität“. Sie ist verbunden mit einem Arbeitsverbot, einer Wohnsitzauflage und führt dazu, dass diese Duldungszeit nicht für Bleiberechtsregelungen angerechnet wird.
- Flüchtlingen, die nicht an der Klärung ihrer Identität mitwirken, werden die Sozialleistungen gekürzt.
- Durch eine „Mitwirkungshaft“ bis zu 14 Tagen können Menschen, die Botschaftstermine zur Beschaffung von Papieren nicht wahrgenommen haben, zu einer Anhörung in der Vertretung ihres Heimatlandes gezwungen werden.
- Das Trennungsgebot für Straf- und Abschiebehaft wird für drei Jahre aufgehoben. Die Bundesländer können damit entscheiden, ob sie Menschen in Abschiebehaft in regulären Gefängnissen unterbringen, wenn sie nicht genügend Abschiebehaftplätze haben.
- Die Behörden können häufiger Abschiebehaft anordnen.

– Angaben zu Termin und Ablauf von Abschiebungen sollen künftig Dienstgeheimnisse sein, deren Weitergabe strafbar ist.

– Flüchtlingen, die bereits in einem anderen EU-Land anerkannt sind, werden die Leistungen gekürzt, damit sie aus Deutschland weggehen.

– Die Asylbewerberleistungen werden nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts erhöht. Die Geldleistungen für Asylbewerber sinken aber, weil ein Teil der Wohnkosten als Sachleistung gewährt wird und Menschen in Sammelunterkünften geringere Leistungen bekommen. Unter dem Strich bedeutet das für die meisten Gruppen geringere Leistungen.

– Die Wohnsitzauflage für Flüchtlinge wird dauerhaft verlängert. Sie war aufgrund der Fluchtbewegung 2016 wieder eingeführt werden. Flüchtlinge müssen damit den Wohnsitz beibehalten, der ihnen zugewiesen wurde.

Fachkräfte und Beschäftigung

– Fachkräfte aus Nicht-EU-Ländern können in Deutschland eine Stelle annehmen. Die Beschränkung auf Mangelberufe entfällt, ebenso die Vorrangprüfung, ob es Deutsche oder EU-Bürger für die Arbeit gibt.

– Ermöglicht wird auch die Einreise zur Arbeits- oder Ausbildungsplatzsuche für sechs Monate, sofern die Interessenten ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten und sie die verlangten Berufs- oder Bildungsabschlüsse besitzen.

– IT-Kräfte benötigen keinen formalen Abschluss, müssen aber Berufserfahrung und ein zu erwartendes Jahresmindestgehalt von 50.000 Euro nachweisen.

– Zuwanderer über 45 Jahre müssen ein monatliches Mindestgehalt von 55 Prozent der Beitragsbemessungsgrenze für die Rentenversicherung (derzeit rund 3.700 Euro) vorweisen oder eine Altersversorgung, damit sie nicht Grundsicherung im Alter beantragen.

– Es wird eine „Beschäftigungsduldung“ eingeführt für Flüchtlinge, die gut integriert sind, ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten und mindestens 18 Monate sozialversicherungspflichtig gearbeitet haben. Sie gilt auch für die Kernfamilie und kann in einen sichereren Aufenthalt münden. Die Einschränkung: Die Regelung gilt nur für Flüchtlinge, die bis August 2018 eingereist sind und läuft Ende 2023 aus.

– Die „Ausbildungsduldung“ für drei Jahre Ausbildung und zwei weitere Jahre wird auf Helferberufe ausgeweitet, beispielsweise in der Pflege.

Quelle: MiGAZIN Newsletter, 01.07.2019

Familiennachzug

Kontingent im ersten Halbjahr knapp ausgeschöpft

Die Regelung zum Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten scheint angelaufen. Das Kontingent mit 1.000 Plätzen pro Monat wurde im ersten Halbjahr so gut wie ausgeschöpft. Übrige Plätze aus 2018 werden aber offenbar nicht nachträglich vergeben.

Das Kontingent für den Familiennachzug zu Flüchtlingen mit untergeordnetem Schutzstatus in Deutschland ist im ersten Halbjahr knapp ausgeschöpft worden.

Fortsetzung Seite 3

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Fortsetzung von Seite 2:

Für Januar bis einschließlich Juni dieses Jahres traf das Bundesverwaltungsamt insgesamt 5.860 Auswahlentscheidungen, wie es aus dem Auswärtigen Amt in Berlin hieß. Das waren im Durchschnitt 976 Bewilligungen pro Monat. 1.000 wären nach der seit August 2018 gültigen Kontingentregelung möglich.

Der Statistik zufolge wurden im Januar und Juni im Bundesverwaltungsamt jeweils etwas weniger als 1.000 Entscheidungen getroffen, in den übrigen Monaten waren es genau 1.000. Die Umsetzung der komplizierten Regelung für den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten lief im vergangenen Jahr nicht problemlos an. Dies führte dazu, dass insbesondere in den ersten Monaten weit weniger als 1.000 Angehörige von in Deutschland lebenden Flüchtlingen eine Zusage erhielten. Ende des Jahres gab es Überlegungen im Auswärtigen Amt, die nicht ausgeschöpften Kontingentplätze in Folgemonate noch in diesem Jahr zu übertragen. Das Bundesinnenministerium reagierte darauf aber skeptisch.

Keine nachträgliche Bewilligung

Wie die Zahlen zeigen, wird das nachträgliche Bewilligen zumindest aufseiten der Behörden in Zuständigkeit der Innenministerien nicht praktiziert. Während die Auslandsvertretungen in den elf Monaten seit Gelten der Regelung mehr als 13.000 Anträge übersandten, wurden in den Ausländerbehörden im gleichen Zeitraum nur gut 9.000 Anträge geprüft und an das Bundesverwaltungsamt weitergeleitet.

Auf Grundlage dieser Prüfungen kann das Bundesverwaltungsamt dann Auswahlentscheidungen treffen. Die Behörde wiederum meldet positive Entscheidungen dann zurück an die deutschen Vertretungen im Ausland, wo die Visa vergeben werden. Wie es aus dem Auswärtigen Amt hieß, wurden im ersten Halbjahr 6.149 Visa erteilt und damit etwas mehr als 1.000 pro Monat. In den ersten fünf Monaten seit Inkrafttreten der Regelung im August 2018 waren es im Schnitt nur 522 Visa pro Monat.

Betroffen sind vor allem Syrer

Der Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten wurde im Frühjahr 2016 ausgesetzt, um die Einwanderung nach Deutschland zu begrenzen. Betroffen sind vor allem Syrer, die oftmals nicht als politisch Verfolgte im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt werden, sondern nur den untergeordneten Status zum Schutz vor dem Bürgerkrieg in ihrem Land erhalten.

Wie viele Menschen zu ihren Angehörigen nachziehen wollen, kann auf Grundlage der Terminanfragen bei den Auslandsvertretungen nur geschätzt werden. Ende Januar lagen nach damaliger Auskunft der Bundesregierung rund 36.000 solcher Anfragen vor. Die Mehrheit davon ging in den Vertretungen in Beirut, Erbil, Istanbul und Amman, also in den Nachbarstaaten Syriens ein.

Quelle: MiGAZIN Newsletter, 11.07.2019

Studie: Hass im Netz trifft Migranten, Flüchtlinge und Muslime

Hass im Internet bedroht Meinungsfreiheit – betroffen sind häufig Geflüchtete, Migranten sowie Muslime.

Das geht aus einer aktuellen Studie hervor. Danach beteiligt sich fast jeder Zweite wegen Hassreden seltener an Online-Diskussionen.

Hassbotschaften im Netz bedrohen einer Studie zufolge Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt. Etwa 47 Prozent der befragten Internetnutzer beteiligen sich wegen Hassrede seltener an Online-Diskussionen, ergab eine am Mittwoch in Berlin vorgestellte Studie der Kampagnen-Plattform Campact und des Instituts für Demokratie (IDZ). Demnach bekennen sich 54 Prozent aufgrund von Hassrede seltener zu ihrer Meinung.

„Wenn Menschen sich aus Diskussionen zurückziehen, verschiebt das gefühlte Mehrheiten“, sagte Damian Ludewig von Campact. So würden Hassbotschaften die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Realität verändern und den Nährboden für Gewalt außerhalb des Internets bereiten. 72 Prozent der Befragten sorgten sich, dass die Gewalt im Alltag durch Hassrede zunimmt.

Flüchtlinge, Migranten, Muslime

Von Hassrede betroffen seien häufig Politiker, Geflüchtete, politisch Andersdenkende, Menschen mit Migrationshintergrund sowie Muslime, hieß es weiter. „Vielfalt und demokratische Kultur stehen im Fadenkreuz“, sagte IDZ-Direktor Matthias Quent. Für die Studie „#Hass im Netz“ befragte das Meinungsforschungsinstitut YouGov im April und Mai 2019 online mehr als 7.300 deutsche Internetnutzer. Es handelt sich nach Angaben des IDZ um die bisher größte repräsentative Untersuchung in Deutschland zu dem Thema.

Etwa jeder Zwölfte sei schon selbst online angegriffen worden, bei den 18- bis 24-Jährigen sogar etwa jeder Sechste, hieß es. 40 Prozent der Befragten haben zudem schon Hass im Internet wahrgenommen, bei jungen Menschen liegt der Anteil bei 73 Prozent. 66 Prozent der Befragten gaben an, selbst schon negative Auswirkungen von Hassrede erlebt zu haben. Dies seien etwa emotionaler Stress, Angst und Unruhe sowie Depressionen, sagte Quent: „Hass im Internet macht Menschen psychisch, gesundheitlich, zum Teil beruflich kaputt.“

Laut Quent zeigen sich regionale Unterschiede: Besonders im Westen und Nordwesten Deutschlands sowie in Thüringen und Berlin gaben Befragte an, von Hassbotschaften betroffen zu sein. Forderungen, der Staat müsse konsequent gegen Hass im Internet vorgehen, stießen der Studie zufolge in den ostdeutschen Ländern und in Hessen auf weniger Zustimmung als in den übrigen alten Bundesländern.

Nur zwölf Prozent der Befragten fanden demnach, die Bundesregierung unternehme genug gegen Hetze im Netz. Campact fordert unter anderem spezielle Anlaufstellen für Betroffene, zentrale Ermittlungsstellen für Hassrede bei Staatsanwaltschaften und Fortbildungen an Schulen.

Quelle: MiGAZIN Newsletter, 04.07.2019

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Religionsmonitor

Hälfte der Deutschen nimmt Islam als Bedrohung wahr

Laut „Religionsmonitor“ der Bertelsmann Stiftung ist Islamskepsis in Deutschland weit verbreitet. Viele nehmen den Islam nicht als Weltreligion wahr, sondern als politische Ideologie. Experte warnt, Islamkritik sei aggressiver geworden.

Rund die Hälfte der Bundesbürger nimmt laut einer aktuellen Studie den Islam als Bedrohung wahr. In Ostdeutschland liegt der Anteil mit 57 Prozent noch höher als in Westdeutschland (50 Prozent), wie die Bertelsmann Stiftung am Donnerstag in Gütersloh bei der Vorstellung des aktuellen „Religionsmonitors“ erklärte. Offenbar würden viele Menschen den Islam derzeit weniger als Religion, sondern vor allem als politische Ideologie ansehen, erklärte die Religionsexpertin der Bertelsmann Stiftung, Yasemin El-Menouar. Auch durch die gesellschaftlichen Debatten und Medienberichte der vergangenen Jahre sei der Islam häufig in einen negativen und kritischen Zusammenhang gerückt worden.

Nach Ansicht des Osnabrücker Islamexperten Rauf Ceylan ist das negative Bild des Islam in Deutschland vor allem durch die Debatte über Zuwanderung geprägt. „Der Islam- und der Migrationsdiskurs verschmelzen seit einigen Jahren“, sagte Ceylan dem „Evangelischen Pressedienst“. Globale Konflikte im Nahen Osten würden ebenfalls mit dem Islam assoziiert.

Islamverbände müssten sich laut Ceylan stärker dafür einsetzen, Ängste in der Bevölkerung abzubauen, und noch mehr Dialogangebote schaffen. Ceylan sieht als Konsequenz aus der Studie aber auch deutsche Medien in der Pflicht, den Islam nicht nur in problematischen Kontexten zu thematisieren. „In der Berichterstattung über den Islam als Religion geht es selten um die Rezitationskunst des Koran, sondern meist um konfliktbehaftete Themen wie die Integration von Flüchtlingen“, sagte Ceylan.

Zick warnt vor Ausgrenzung

Der Bielefelder Konfliktforscher Andreas Zick warnte vor zunehmender Islamfeindlichkeit und Ausgrenzung von Muslimen. Die Sprache der vermeintlichen Islamkritik sei in den letzten Jahren immer aggressiver geworden, sagte der Wissenschaftler dem „Evangelischen Pressedienst“. Rechtspopulistische Gruppen bemäntelten zudem ihre Islamfeindlichkeit als Islamkritik. Zick rief dazu auf, Vorurteile und Klischees über den Islam kritisch zu hinterfragen.

Die Mehrheit der Bundesbürger (87 Prozent) ist der Studie zufolge zwar grundsätzlich offen gegenüber anderen Weltanschauungen eingestellt. Doch nur knapp jeder zweite Deutsche ist der Meinung, dass religiöse Pluralität die Gesellschaft bereichert. Den Islam wertet lediglich ein Drittel der Bevölkerung als Bereicherung. Christentum, Judentum, Hinduismus und Buddhismus werden hingegen von einer Mehrheit als bereichernd empfunden.

Begegnung baut Vorurteil ab

Durch persönliche Begegnungen nimmt die Ablehnung gegenüber dem Islam der Studie zufolge ab. Menschen, die regelmäßig Kontakt zu Angehörigen anderer Religionen

FÖRDERMITTEL

haben, würden religiöse Vielfalt und den Islam seltener als Bedrohung empfinden, heißt es in der Studie. Fast jeder Zweite dieser Gruppe (46 Prozent) sähe den Islam sogar als Bereicherung an. Bei Menschen, die kaum persönlichen Kontakt zu anderen Religionen haben, halten 64 Prozent den Islam für bedrohlich.

Der „Religionsmonitor“ der Bertelsmann Stiftung vergleicht international die Bedeutung von Religion für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Grundlagen sind repräsentative Bevölkerungsumfragen. Die Ergebnisse der Studie basieren auf Daten des „Religionsmonitors“ 2017, außerdem wurden aktuell in diesem Jahr vom ifas Institut für angewandte Sozialwissenschaft in Bonn rund 1.000 Bundesbürger befragt. Quelle: MiGAZIN Newsletter, 12.07.2019

NesT – Neustart im Team - staatlich-gesellschaftliches Aufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge

Das kürzlich gestartete neue Pilotprogramm des Bundes ermöglicht die Aufnahme von bis zu 500 besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen ergänzend zu den von Deutschland für 2018/2019 vorgesehenen humanitären Aufnahmen (Derzeit werden vom UNHCR weltweit rd. 1,4 Mio. Flüchtlinge als besonders schutzbedürftig eingestuft.) Dabei sollen Staat und Zivilgesellschaft Hand in Hand arbeiten. Dreh- und Angelpunkt bei NesT sind die Mentor*innen: Mindestens fünf Personen müssen sich gemeinsam dazu verpflichten, Flüchtlingen das Ankommen zu erleichtern und sie ideell und finanziell zu unterstützen. Detaillierte Informationen zum Pilotprogramm finden Sie hier: www.neustartimteam.de.

Quelle: Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz

FÖRDERMITTEL

RESPEKTIER - Medienwettbewerb für Vielfalt, Toleranz und Respekt

Radio F.R.E.I. und die Jugendbeteiligungsstruktur BÄMM! suchen ab sofort im Rahmen des RESPEKTIER – Medienwettbewerbs für Vielfalt, Toleranz und Respekt Medienbeiträge, die für ein respektvolles, buntes und demokratisches Miteinander stehen. Bis zum 16. August 2019 können junge Menschen zwischen 10 und 27 Jahren aus Erfurt ihre Medienbeiträge bei Radio F.R.E.I. einreichen.

Der eingereichte Beitrag sollte von mind. 2 Personen erstellt worden sein. Alle Informationen und Wettbewerbsunterlagen sind zu finden unter: www.respektier-erfurt.de.

Unter allen Einreichungen werden in den jeweiligen Kategorien attraktive Sach- und Geldpreise, die jeweils auf die Preisträger*innen abgestimmt werden vergeben. Kontakt: Telefon: 0361 – 746 7421, Ansprechperson: Karina Halbauer

Quelle: RESPEKTIER Erfurt

FÖRDERMITTEL

Projektförderung der Amadeu Antonio Stiftung

Die Amadeu Antonio Stiftung fördert Projekte, die sich schwerpunktmäßig auf die Themen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus konzentrieren und für die keine weitere finanzielle Unterstützung infrage kommt. Anträge über 2500 Euro können bis zum 31. Dezember 2019 gestellt werden. Förderanträge mit Fördersumme bis zu 2500 Euro können laufend gestellt werden. Die Bearbeitungszeit beträgt ca. 3 Monate.

Weitere Informationen finden Sie unter www.amadeu-antonio-stiftung.de/foerderung/

Quelle: Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz

Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“

Auch in diesem Jahr sucht das von der Bundesregierung gegründete „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ (BDT) mit dem bundesweiten Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ 2019 erfolgreiche übertragbare zivilgesellschaftliche Projekte für eine lebendige und demokratische Gesellschaft.

Den Preisträgerinnen und Preisträgern winken Geldpreise von bis zu 5.000 Euro, eine verstärkte Präsenz in der Öffentlichkeit und ein Workshop-Angebot, welches die Interessen der Preisträgerprojekte aufgreift. Zum 19. Mal in Folge wollen wir so Einzelpersonen und Gruppen, die das Grundgesetz auf kreative Weise mit Leben füllen, für ihr Engagement würdigen. Gute Projekte sollen Schule machen und zum Nachahmen anregen!

Weitere Informationen finden Sie auf unserer [Homepage](#), wo Sie auch zum [Bewerbungsformular](#) gelangen.

Der **Einsendeschluss** ist der **22.09.2019** (Datum des Poststempels). Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Quelle: Team Aktiv-Wettbewerb

Startschuss für den Deutschen Nachbarschaftspreis

Auch 2019 verleiht die nebenan.de Stiftung den mit mehr als 50.000 Euro dotierten Deutschen Nachbarschaftspreis an Nachbarschaftsprojekte mit Vorbildcharakter. Der Preis ist eine bundesweite Auszeichnung für all diejenigen, die sich vielerorts als Nachbar*innen für Nachbar*innen einsetzen und das WIR gestalten. Bis zum 29. Juli 2019 können sich Projekte bewerben oder Nachbarschaftsprojekte mit Vorbildcharakter vorgeschlagen werden. Bewerbung und weitere Informationen finden Sie unter www.nachbarschaftspreis.de

Quelle: Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz

NEUIGKEITEN AUS DER EU

Fonds „auf Augenhöhe“

Mithilfe des Fonds „auf Augenhöhe“ soll das bürgerschaftliche Engagement für Geflüchtete in Deutschland gestärkt werden. Initiativen können sich an Bürgerstiftungen mit Gütesiegel wenden, um die Förderung zu beantragen.

In Thüringen sind das die [Bürgerstiftung Erfurt](#), die [Bürgerstiftung Jena](#), die [Bürgerstiftung Landkreis Saalfeld-Rudolstadt](#) sowie die [Bürgerstiftung Weimar](#).

Weitere Informationen finden Sie unter www.fonds-auf-augenhoehe.de/de/antraege/antragsformular.html

Quelle: Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz

Förderung durch das Deutsche Kinderhilfswerk: Themenfonds „Flüchtlingskinder in Deutschland“

Unterstützt werden Maßnahmen und Projekte, die Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten von Kindern fördern. Die Förderhöhe beträgt maximal 5.000 Euro. Anträge können fortlaufend eingereicht werden.

Weitere Informationen finden Sie [auf der Website des Deutschen Kinderhilfswerks](#).

Quelle: Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz

NEUIGKEITEN AUS DER EU

HILFSKONFERENZ FÜR KRIEGSREGION

Die EU wird den Menschen im vom Bürgerkrieg geplagten Syrien 2019 mit weiteren 2 Mrd. Euro aus dem Gemeinschaftshaushalt helfen. Das kündigte die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini bei einer Geberkonferenz in Brüssel an, die Vertreter aus rund 80 Ländern besuchten. Bei der Konferenz ging es sowohl um politische Wege zur Lösung der Syrien-Krise, um humanitäre Fragen und darum, wie sich die zerstörte Region wieder entwickeln kann.

Quelle: EU NACHRICHTEN 05/2019

EU - Faktenchecks aktualisiert

Über die EU und ihre Politik kursieren viele Gerüchte und Halbwahrheiten. Um die gängigsten Klischees über die EU zu widerlegen, wurde die Sammlung „Mythos und Wahrheit“ auf der Webseite der Kommissionsvertretung in Deutschland aktualisiert. Dort finden sich Antworten auf rund 30 Vorurteile und Falschmeldungen über die EU. Gegliedert sind sie in fünf Bereiche: 1. Die EU-Institutionen, 2. Die EU und die Wirtschaft, 3. Die EU und die Migration, 4. Die EU und die „Überregulierung“ und 5. Die EU in der Welt.

https://ec.europa.eu/germany/news/20190514-faktencheck-mythen_de

Quelle: EU NACHRICHTEN 10/2019

GLOBALE NACHRICHTEN

UNHCR: Weltweit erstmals mehr als 70 Millionen Menschen auf der Flucht

Während die Zahl der Asylbewerber in Deutschland weiter deutlich sinkt, hat das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR weltweit zum ersten Mal mehr als 70 Millionen Menschen auf der Flucht gezählt. Zum 31. Dezember 2018 habe es auf der Erde 70,8 Millionen Flüchtlinge, Vertriebene und Asylbewerber gegeben, sagte der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, Filippo Grandi, am Mittwoch in Berlin bei der Vorstellung des UN-Flüchtlingsberichts „Global Trends“. Das seien 2,3 Millionen mehr als ein Jahr zuvor – und doppelt so viele wie vor 20 Jahren. Es ist zugleich die höchste Zahl von Flüchtlingen, die UNHCR, geschaffen 1950, je gezählt hat.

„Die Daten unterstreichen, dass die Zahl der vor Krieg, Konflikten und Verfolgung fliehenden Menschen langfristig steigt“, sagte Grandi. „Obwohl die Sprache, wenn es um Flüchtlinge und Migranten geht, oft vergiftet ist, sehen wir aber auch phantastische Beispiele von Großmut und Solidarität, gerade von Gemeinschaften, die selbst schon einer großen Zahl von Flüchtlingen Schutz gewähren. Wir sehen auch beispielloses Engagement von neuen Akteuren, wie Entwicklungshilfeorganisationen, der privaten Wirtschaft und von Einzelnen. Sie spiegeln nicht nur den Geist des Globalen Paktes für Flüchtlinge wider, sondern leben ihn auch.“ Grandi sagte weiter: „Auf diesen positiven Beispielen müssen wir aufbauen und unsere Solidarität für die vielen Tausenden, die jeden Tag vertrieben werden, verdoppeln.“

In Deutschland ging die Zahl der neuen Asylanträge wieder deutlich zurück. Im vergangenen Jahr suchten 161 900 Menschen um Schutz vor Krieg und Verfolgung nach. Im Jahr zuvor waren es noch 198 300, im Jahr 2016 sogar 722 400. Die größte Gruppe der Asylsuchenden, 44 200, bilden nach wie vor Syrer. An zweiter Stelle folgen erneut Iraker (16 300) und an dritter kommen Menschen aus Iran. Im Gegensatz zu fast allen anderen Nationalitäten stieg hier die Zahl der Asylgesuche an, von gut 8600 auf knapp 10 900. Dafür sank die Zahl der afghanischen Asylbewerber innerhalb von nur zwei Jahren von 127 000 auf 9900 im letzten Jahr. Weitere Länder mit hohen Zahlen von Asylgesuchen waren Nigeria (10 200), die Türkei (10 200), Eritrea (5600) und Somalia (5100).

Insgesamt gab es in Deutschland zum Jahreswechsel 1 063 800 anerkannte Flüchtlinge. Genau die Hälfte, 532 100, waren aus Syrien, gefolgt vom Irak (136 500), Afghanistan (126 000), Eritrea (55 300), Iran (41 200), Türkei (24 000), Somalia (23 600), Serbien und Kosovo (9200), Russland (8100), Pakistan (7500) und Nigeria (6400).

„Diese Zahlen zeigen zum einen das Engagement der Deutschen: Sie verweigern Menschen in Not nicht ihre Hilfe und ihren Schutz und die Integration macht große Fortschritte“, sagte Grandi. „Es wird aber zugleich deutlich, dass die Flüchtlingskrise woanders stattfindet: Etwa in Libanon, wo mehr als jeder Sechste ein Flüchtling ist. Oder in Bangladesch, das fast ebenso viele Flüchtlinge aufgenommen hat wie Deutschland, obwohl es nur sehr begrenzte Möglichkeiten hat. Diese Solidarität der Libanesen, Bangladescher und auch der Deutschen hat meinen höchsten Respekt.“

Mit 70,8 Millionen übersteigt die Zahl der Menschen auf der Flucht die der Einwohner Frankreichs oder Großbritanniens deutlich. Davon sind 25,9 Millionen Flüchtlinge, also Menschen, die vor Krieg und Verfolgung aus ihrem Land geflohen sind. Das ist ein Plus von 500 000. Darin enthalten sind 5,5 Millionen palästinensische Flüchtlinge unter dem Mandat von UNRWA. Zu den Flüchtlingen kommen 3,5 Millionen Asylbewerber, bei denen mithin die Entscheidung über ein Asylgesuch noch aussteht. Die größte Gruppe sind mit 41,3 Millionen die Binnenvertriebenen, also Menschen, die innerhalb ihres Heimatlandes auf der Flucht sind.

Für Hunderttausende Menschen hat sich die Situation aber auch gebessert. So konnten 593 800 Flüchtlinge nach Hause zurückkehren. Weitere 62 600 wurden Staatsbürger des Landes, in dem sie Schutz gefunden hatten. Und 92 400 kamen per Härtefallaufnahme (Resettlement) in ein sicheres Aufnahmeland. Letzteres sind allerdings nur sieben Prozent der Flüchtlinge, für die es aus Sicht von UNHCR dringend eine solche Lösung geben müsste. Hochkommissar Grandi: „In jeder Notsituation muss das Ziel immer sein, dass die Flüchtlinge wieder nach Hause zurückkehren kann. Das ist die ständige Herausforderung für UNHCR. Eine Lösung kann es aber nur geben, wenn alle Länder zusammenarbeiten. Das ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit.“

Zehn Schlüsselfakten, die Sie kennen sollten

KINDER – Jeder zweite Flüchtling ist ein Kind (jünger als 18 Jahre). 111 000 von ihnen sind von ihren Familien getrennt.

ALLTAG – Alle zwei Sekunden wird ein Mensch vertrieben. Das sind 37 000 Menschen pro Tag.

URBANITÄT – Flüchtlinge leben deutlich öfter (61 Prozent) in Städten als auf dem Land.

REICH&ARM – Reiche Länder haben im Schnitt 2,7 Flüchtlinge pro 1000 Einwohner aufgenommen, mittlere und arme Länder 5,8 Flüchtlinge pro 1000 Bewohner. Die ärmsten Länder der Erde beherbergen ein Drittel der Flüchtlinge weltweit.

NACHBARN – Etwa 80 Prozent der Flüchtlinge haben in einem direkten Nachbarland Schutz gefunden.

KLEINKINDER – Uganda meldet 2800 geflüchtete Kinder, die jünger als sechs Jahre alt und allein, von ihren Eltern getrennt, sind.

DAUER – Vier von fünf Flüchtlingen kommen aus Konflikten, die schon mindestens fünf Jahre andauern. Bei jedem fünften sind es sogar 20 Jahre – oder mehr.

NEUE ASYLSUCHENDE – Die größte Zahl der neuen Asylbewerber kam im Jahr 2018 aus Venezuela: 341 800

ANTEIL – Jeder 108. Mensch auf der Erde ist auf der Flucht. Vor zehn Jahren war es jeder 160.

EUROPÄISCHE UNION – Kommen alle nach Europa? 91 Prozent aller Flüchtlinge leben nicht in der EU.

Den gesamten Bericht und ein Medienpaket inklusive Bildern finden Sie unter: <https://www.unhcr.org/global-trends-2018-media.html>

Quelle: Flüchtlingsrat Thüringen e.V.

Buchempfehlungen - Downloads - Termine

Mehrsprachiges Youtube-Tutorial zum Thema Ausbildung

Das BLEIBdran-Projekt des Flüchtlingsrates Thüringen e.V. hat ein Youtube-Tutorial zum Thema „Wie finde ich eine Ausbildung?“ veröffentlicht.

Unter den Links

<https://www.youtube.com/channel/UC2raKRGHxg8V1L0By4ZHNhw>

https://www.fluechtlingsrat-thr.de/youtube_tutorial_ausbildung

findet sich der Youtube-Kanal, auf dem die Videos in verschiedenen Sprachen zu finden sind.

In dem Video wird erklärt, welche Schritte gegangen werden müssen, um eine Ausbildung zu finden. Wie ist eigentlich eine Ausbildung aufgebaut? In wie fern stellt die Ausbildungsduldung eine Möglichkeit der Bleibeperspektive in Deutschland dar? Das Youtube-Tutorial soll auf solche Fragen möglichst niedrig schwellige erste Antworten liefern. Zusammen mit Mediendesignstudent*innen, dem Radio FREI und mehreren Dolmetscher*innen sind Tutorials in den Sprachen Arabisch, Dari, Deutsch, Französisch, Serbokroatisch und Tigrinya produziert worden.

Quelle: Flüchtlingsrat Thüringen e.V.

Handbook Germany - Infoportal über Deutschland auf sieben Sprachen

Handbook Germany ist eine Infoplattform für Neuzuwanderer auf sieben Sprachen: [Handbook Germany](#). Auf Deutsch/Arabisch/ Englisch/Farsi/ Französisch/ Paschto/Türkisch werden Texte und Videos zu alltagsrelevanten Themen wie Asylantrag, Studienfinanzierung, Arbeitserlaubnis, Wohnungssuche, Kita, Krankenversicherung usw. verständlich aufgearbeitet. Ob im Netz oder bei Facebook, kommentierte Links führen zu Informations- und Unterstützungsangeboten anderer Organisationen, sei es von Behörden, Beratungsstellen oder Initiativen.

Über die Social Media-Kanäle steht das mehrsprachige Redaktionsteam aus Journalist*innen mit und ohne Fluchterfahrung im direkten Austausch mit den neuzugewanderten Gruppen. Dabei werden täglich Fragen beantwortet und Verweisberatung geboten. [FB Handbook Germany](#)

Quelle: Neue deutsche Medienmacher e.V.

Zentrum für Integration und Migration des Landeshauptstadt Erfurt Fachdienst für Integration Thüringen - FDI

Impressum

Herausgeber:

Internationaler Bund - IB Mitte gGmbH

Rosa-Luxemburg-Str. 50

99086 Erfurt

Telefon: 0361 6431535

Fax: 0361 3467666

E-Mail: zim@integration-migration-thueringen.de

Internet: www.integration-migration-thueringen.de

Redaktion: Beate Tröster, Anita Müller

Lebenslagen, Einstellungen und Perspektiven von Geflüchteten

Der Thüringen-Monitor konnte bislang keinerlei Aussagen über die Menschen treffen, die in den letzten Jahren aus ihren Herkunftsländern geflohen sind und in Thüringen eine neue Heimat gefunden haben.

Politische Entscheidungen und gesamtgesellschaftliche Debatten mit Bezug auf die Integrationsherausforderungen und -bedürfnisse beziehen daher bisher nur selten die Einschätzungen geflüchteter Menschen mit ein. Die Thüringer Staatskanzlei und die Bundesagentur für Arbeit (Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen) haben vor diesem Hintergrund das KomRex (Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratieförderung und gesellschaftliche Integration) an der Friedrich-Schiller-Universität Jena damit beauftragt, die Lebenslagen, Erfahrungen und Einstellungen von Geflüchteten im Freistaat zu untersuchen. Der vorliegende Thüringen-Monitor-Integration (TMI) ist das Ergebnis dieses Auftrags.

Zu finden ist die Studie hier als pdf zum Download:

https://www.landesregierung-thueringen.de/fileadmin/user_upload/Landesregierung/Landesregierung/Thuringenmonitor/Thuringen-Monitor_Integration.pdf

Quelle: Flüchtlingsrat Thüringen e.V.

Filme für den Bereich Migration

Hier ein Link zum Landesmediendienst Bayern. Dort gibt es unter der Rubrik "Filmbildung" eine neue Zusammenstellung für den Bereich der Migration. <https://www.mediendienste.info/service/publikationen/index.asp>

Quelle: Landesmediendienst Bayern

Neuer Wegweiser zum Deutschen Gesundheitswesen "Gesundheit für alle" in 14 Sprachen

Zur Verwendung im Praxisalltag bietet das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) den Wegweiser „Gesundheit für alle“ an. Dieser wurde vom Ethno-Medizinischen Zentrum e.V. gemeinsam mit dem BMG konzipiert und vom BMG gefördert. Der Wegweiser vermittelt in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund grundlegende Informationen zum Gesundheitswesen in Deutschland. Er enthält auch Vorschläge, wie man sich im Krankheitsfall oder bei notwendiger Vorsorge verhalten kann. Weitere Informationen betreffen u.a. Fragen zur Krankenversicherung, Vorsorge- und Früherkennungsuntersuchungen und Unterstützungsleistungen der Pflegeversicherung.

Die erste Auflage des Wegweisers liegt in 14 Sprachen vor. Neben einer deutschsprachigen Version können Sie folgende weitere Sprachversionen abrufen: Arabisch, Englisch, Farsi, Französisch, Italienisch, Kurdisch, Paschtu, Polnisch, Rumänisch, Russisch, Serbisch/Kroatisch/Bosnisch, Spanisch und Türkisch. Die Bestellung des Wegweisers erfordert keine Zahlung Ihrerseits. Der Versand erfolgt kostenfrei.

Bestellen Sie gewünschte Sprachversionen und Anzahl über unsere Seite im Internet www.wegweiser-gesundheitswesen-deutschland.de.

Der Ratgeber wird auch auf der Homepage des Bundesministeriums für Gesundheit www.migration-gesundheit.bund.de im PDF-Format abrufbar sein.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit (BMG)